



Niederschrift

5. Plenarsitzung des Gemeinderates
10. Dezember 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

28.

Punkt 27 der Tagesordnung: Vielfalt in Karlsruhe

Punkt 27.1 der Tagesordnung: Agenda „Vielfalt@KA“: Gemeinsamkeiten stärken, Schranken abbauen!

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/1064

Punkt 27.2 der Tagesordnung: Mehr Sichtbarkeit für Themen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern bzw. Intersexuellen oder anderen queeren Gruppen (LSBTTIQ)

Antrag: SPD

Vorlage: 2019/1212

Beschluss:

Verwiesen in den Fachausschuss

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 27 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Karlsruhe ist eine vielfältige und bunte Stadt, es wird Zeit, dass dies richtig sichtbar wird, daher fordern wir die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt, wie auf Landesebene bereits geschehen. Der Vorfall im Mai, als Straßenbahnkontrolleure sich homophob äußerten, zeigt, dass viele Menschen noch immer von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, daher haben wir einen massiven Bedarf zum Schutz dieser Menschen. So sollen im Sinne eines sicheren Raumes, beziehend auf die Charta, alle Prozesse in der Verwaltung geprüft und gegebenenfalls Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entsprechend geschult werden, um Gemeinsamkeiten zu stärken, Schranken abzubauen, sich dafür den Blick zu weiten, nicht nur um eine Stelle für LSBTTIQ-Interessen zu schaffen, sondern diese an weitere Stellen anzubinden. Be-

geistert hat uns der runde Tisch in der Antwort der Verwaltung, welcher die verschiedenen Stellen miteinander vernetzen soll. Die Einbindung der LSBTTIQ-Community bei der Erarbeitung der Agenda Vielfalt@KA ist für uns Voraussetzung. Gut wäre es, wenn auch später die Community regelmäßig an den runden Tischen beteiligt ist, denn nur so kann eine gute Vernetzung der Community garantiert werden. Toll finden wir die Kontakte des Gleichstellungsbüros in die lesbische Community, da die lesbische Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit viel geringer ist als die schwule. Lesbische Gruppen brauchen mehr, aber auch schwule und andere queere Gruppen und vor allem Transgruppen brauchen Vernetzung und Unterstützung. Hierfür sind weitere personelle Ressourcen notwendig, genauso wie für die Umsetzung der Charta und die Prüfung der Prozesse auf Diskriminierung. Dies hat die Verwaltung in ihrer Antwort bereits dargelegt. Jedoch sind die Größe des Personalbedarfs und der finanzielle Bedarf dort nicht genau beziffert, genau diesen brauchen wir dann spätestens bis zu den Haushaltsberatungen. Die Ansiedlung der LSBTTIQ-Stelle im Büro für Gleichstellung scheint uns plausibel, der Name könnte jedoch auf Büro für Gleichstellung und Vielfalt erweitert werden. Als Sofortmaßnahme bitten wir die Verwaltung, im Internet eine Liste von allen Angeboten für die LSBTTIQ-Community wie angekündigt zeitnah umzusetzen. Der Fachtag im Oktober zum Thema Trans ist ein wichtiger Schritt. Hierzu bitten wir um eine Vernetzung mit lokalen Angeboten. Der Verwaltung möchte ich für die ausführliche und umfangreiche Antwort besonders danken. Besonderen Dank richte ich an die Gleichstellungsbeauftragte Verena Meister, für ihre tolle Arbeit.

Stadträtin Meier- Augenstein (CDU): Unser Kollege hat für die Antragsteller schon sehr ausführlich in das Thema eingeführt. Ich kann für meine Fraktion heute sagen, dass wir natürlich grundsätzlich einverstanden sind und wir als Stadt Karlsruhe die Charta unterschreiben. Insgesamt tun wir uns heute allerdings ein bisschen schwer, weil beide Anträge, die hier auf dem Tisch liegen, sehr umfangreich sind. Wir hätten uns jetzt wirklich in diesem Fall eine Vorberatung im Sozialausschuss gewünscht, dass wir hier intensiver in die Thematik einsteigen, so wie wir das in verschiedenen anderen Themenbereichen auch zuletzt gehandhabt haben. Deswegen wäre es auch mein Vorschlag, dass wir die weitere Beratung im Sozialausschuss führen, weil hier auch schon Vorschläge gemacht wurden, die dann Auswirkungen auf den Haushalt haben. Es geht um Stellenschaffungen, es geht auch darum, wo die Stellen sinnvollerweise angesiedelt werden, welche Aktionen dann noch durchgeführt werden können. Es geht um ein ganzes Konzept. Grundsätzlich stimmt die CDU-Fraktion der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt zu, wir würden aber gerne ausführlich im Sozialausschuss darüber sprechen.

Stadträtin Melchien (SPD): Wie auch der GRÜNEN-Fraktion ist es auch der SPD besonders wichtig, die Themen von, und ich verwende jetzt auch die Abkürzung LSBTTIQ-Gruppen, hier in Karlsruhe künftig noch stärker als bisher anzugehen. Dabei kann unsere Stadt durchaus stolz sein, auf ihre Vorreiterrolle hier im Land. Gemeinsam mit den Jugendverbänden initiierten wir Umwidmung von La Vie in der Südstadt zum ersten queeren Jugendzentrum der offenen Kinder- und Jugendarbeit in ganz Baden-Württemberg, damit wurde bereits sehr Wichtiges erreicht. Zudem wurde das aus unserer Stadt gar nicht mehr wegzudenkende Jugendzentrum im letzten Doppelhaushalt personell aufgestockt. Dies zeigt zum einen, dass der Bedarf vorhanden ist, zum anderen zeigt es aber auch die Bereitschaft der Stadtverwaltung und Politik, dem Bedarf entsprechend zu handeln. Genau so wünscht sich meine Fraktion, dass wir weiter voranschreiten. Daher hier unser Antrag, der gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft queer in der Karlsruher SPD ausgearbeitet wurde, auf dem Kommunalwahlprogramm fußt und da bereits angekündigt wurde. Wie bei anderen Großstädten, Beispiele hierfür haben wir in unserer Begründung genannt, fordern wir die Einrichtung einer Stelle für LSBTTIQ-Themen bei der Stadt-

verwaltung. Hierfür werden wir einen entsprechenden Haushaltsantrag stellen, wenn nicht bereits die Zustimmung hier im Haus oder gerne auch in der fachlichen Beratung im Ausschuss dann auch zeigt, dass dieses Thema durch eine Mehrheit sehr stark unterstützt wird und die Verwaltung entsprechende Mittel einstellt. Darüber hinaus, und zumindest dieser Beschluss könnte unseres Erachtens schon heute erfolgen, möchten wir, dass sich auch unsere Stadt in die mittlerweile dreitausend Unterzeichnenden der Charta der Vielfalt einreihet, und damit erklärt, dass sie Chancengleichheit für ihre Beschäftigten fördert. Allein die positive Bewertung der Verwaltung in ihrer Stellungnahme zeigt, dass ein solcher Beschluss als Selbstverpflichtung richtig und wichtig ist. Wir freuen uns über die Antwort zu Punkt fünf unseres Antrags und freuen uns, dass die Gleichstellungsbeauftragte hier bereits das städtische Fortbildungsprogramm entsprechend erweitert hat. Natürlich sind wir jetzt schon gespannt, später zu erfahren, wie sehr diese Angebote in Anspruch genommen werden. Wir stimmen der Verwaltung zu, dass diese Abklärung und darüber hinausgehende Bedarfe dann im Rahmen eines zu entwickelnden Aktionsplanes gecheckt werden können. In Karlsruhe gibt es sicherlich zahlreiche Gruppen, die hieran mit Engagement und Tatendrang mitzuwirken bereit sind.

Stadträtin Böringer (FDP): Vielfalt statt Einfalt, war stets das Motto liberaler Politikerinnen und Politiker, das ist und bleibt so. Wertschätzung am Arbeitsplatz sollte der Normalfall für alle sein, egal wie bunt, anders oder überaus normal sie sind. Akzeptanz ist ein hohes Gut, dass nicht allein mit einer Charta geregelt werden kann. Dennoch sind solche Anträge und deren Konsequenzen nicht nur symbolhaft, sondern wichtig und richtig. Da gerade der FDP die individuelle Ausgestaltung des Lebens am Herzen liegt, werden wir zustimmen. Gleichmaßen ist es uns wichtig, den Menschen klar zu kommunizieren, dass wir bei aller Diversität ein gemeinsames Ziel haben, die Gesellschaft zu sensibilisieren, Flagge zu zeigen für Vielfalt, Vielfalt in unserer Stadt und in unserem Land. Den Antrag werden wir, wie bereits erwähnt, gerne unterstützen, so wie den dazugehörigen Änderungsantrag.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Die GRÜNEN und die SPD rennen mit ihren Anträgen bei der Stadt offene Türen ein, das freut uns sehr, es ist ein wichtiges Anliegen und die Stadt ist schon auf einem guten Weg. Die Chancen einer vielfältigen und freien Gesellschaft zu erkennen, die Lebenswirklichkeit der Menschen zur Kenntnis zu nehmen, dies zu fördern, ist das Lebenselixier einer Stadt wie Karlsruhe und der Grundbaustein für eine offene und freie Gesellschaft. KAL/Die PARTEI unterstützt die Anträge in allen Punkten und befürwortet eine Unterzeichnung der Charta der Vielfalt durch die Stadt Karlsruhe. Ganz besonders wichtig ist es uns, dabei die Themen der LSBTTIQ-Community zu erkennen und zu fördern, deshalb werden wir auch die Schaffung der vorgeschlagenen Stelle nachdrücklich unterstützen, gerne hätten wir darüber hinaus vorgeschlagen, dass Karlsruhe dem Netzwerk der Rainbow Cities beitrifft, aber aufgrund eines Umstrukturierungsprozesses im Netzwerk ist das derzeit allerdings leider nicht möglich.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Mitglieder der AfD-Fraktion waren sich nicht sicher, ob hier ein wie auch immer gearteter Handlungsbedarf besteht. Deshalb haben wir unter unseren Parteimitgliedern und Unterstützern Menschen befragt, die dies aufgrund ihrer Lebenssituation und Diversität besser als wir beurteilen können. Da brauchen Sie gar nicht so erstaunt schauen, das gibt es, bei uns gibt es alles! Niemand von denen sah für irgendeine der im Antrag genannten Maßnahmen eine Notwendigkeit, im Gegenteil. Ich zitiere jetzt aus einer bei uns eingegangenen Antwort: „Wie widersprüchlich der Antrag der GRÜNEN ist, beweist die verräterische Wortwahl, die Stadtverwaltung sucht den aktiven Kontakt zur queeren Community in Karlsruhe und bezieht Vertreterinnen anhand geeigneter Beteiligungsformate aktiv in die Ausarbeitung der

Agenda Vielfalt@KA ein, in der allen Beteuerungen von Inklusion, Einheit in Vielfalt und so weiter, zum Trotz eine willkürlich herausgepickte Teilmenge der in Karlsruhe lebenden Menschen, die in ihrem beruflichen Umfeld, ihrem Wohnquartier und Vereinsleben und so weiter, höchstwahrscheinlich integriert sind. Allein anhand ihrer sexuellen Vorlieben von den Antragstellern der GRÜNEN-Fraktion gezielt markiert wird. Hierdurch erhöht sich für sie die Gefahr, gerade durch eine derartige Diskriminierung im Wortsinne und hier sicherlich positiv gemeinte Stigmatisierung künftig wieder vermehrt gesellschaftlichen Anfeindungen ausgesetzt zu werden.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, und deshalb lehnen wir aufgrund der erhaltenden Antworten diesen Antrag ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich habe mir vorgenommen, dass ich mich nicht mehr in diesem Gremium aufrege, deshalb habe ich mir jetzt fünf Sekunden genommen, um kurz durchzuatmen. Ich will wirklich gar nichts dazu sagen, ich glaube, das steht für sich. Ich bin schon jemand, der immer das Haar in der Suppe sucht und immer motzt, und muss dafür gestehen, dass der Antrag der GRÜNEN und auch der SPD wirklich gelungen ist. Ich habe keinen Punkt gefunden, den ich zu kritisieren hätte, und tatsächlich auch keinen, den man zu diesem Zeitpunkt des Stadiums des Antrags irgendwie ergänzen sollte. Aus unserer Sicht wären noch ein paar Themen wichtig aufzugreifen, besonders das Thema wie man mit Kindern und Jugendlichen umgeht, das zweite große Thema, wie man mit den Transfrauen in Bezug auf Frauenhäuser umgeht, was es dort für Möglichkeiten der Unterstützung gibt und wie die Situation mit queeren Geflüchteten ist. An der Stelle würde ich diese Themen einfach nur mündlich als Input einbringen, um es dann im Rahmen der Konzepterstellung zu vervollständigen. Wir finden es auf jeden Fall lobenswert, wenn eine Agenda der Vielfalt ausgearbeitet wird und wir im Rahmen dessen überlegen, welche Maßnahmen wir seitens der Stadt, der verschiedenen Träger und der Zivilgesellschaft brauchen, um Menschen mit queerem Hintergrund - ich versuche jetzt mal die Abkürzung zu vermeiden, weil ich mich auf jeden Fall verhasple - dort zu unterstützen, wo es notwendig ist. Wir begrüßen das an der Stelle und hoffen, dass wir im Kontakt mit den aktiven Leuten in der queeren Community in den verschiedenen Gruppen, die es in der Stadt gibt, die auch jetzt schon eine tolle Arbeit machen, nicht nur beim CSD, sondern an vielen anderen Tagen im ganzen Jahr, dass wir dort noch einen weiteren Schritt in die richtige Richtung seitens der Stadt gehen können.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Eine kleine Vorbemerkung, jeder Mensch ist wertvoll und die Würde des Menschen ist unantastbar und unabhängig von seiner sexuellen Orientierung und all den anderen schönen Dingen. Wenn man nachliest, was die Charta der Vielfalt bedeutet, das ist eine Arbeitgebervereinigung, die haben eine ganze Menge Themen auf ihrem Portfolio, da geht es um Geschlecht und sexuelle Identität, Nationalität, ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung. Sie haben sich jetzt nur ein Pünktchen rausgesucht oder zwei von vielen. Kümmern Sie sich jetzt auch um die religiöse Seite als Arbeitgeber oder ist einfach nur der eine Punkt rausgepickt? Deswegen finde ich diesen Zusammenhang mit dieser Charta völlig daneben. Darüber hinaus ist es ein haushalterischer Antrag der hier nicht hingehört. Bei dem ganzen Antrag habe ich das Empfinden, es wird so dargestellt, als ob die LSBTTIQ-Community total unter Druck wäre, irgendwo in der Nische abgestellt, aber es ist doch gar nicht so. Sie schauen in den Fernseher, da kommt ständig etwas, auch der CSD ist sehr öffentlich. Ich kenne sehr viele öffentliche Veranstaltungen, und ich bin eher konservativ in meinem Familienbild. Vater und Mutter sind mir nach wie vor wichtig als zentrale Säule unserer Gesellschaft. Da komme ich unter Druck, und werde angemacht, als was weiß ich was, da empfinde ich es genau anders herum. Es ist immer so, dass es in der Gesellschaft eine Mehrheit

gibt, die die andere Seite in die Minderheit bringen möchte. Das empfinde ich ein Stück weit so, dass hier eine Deutungshoheit gesucht wird, um die Konservativen in die Ecke zu stellen, das ist meine Befürchtung. Ich möchte nicht behaupten, dass es so ist, aber es ist meine Befürchtung, dass Sie hier einen Punkt herausdeuten, der eigentlich schon längst in der Gesellschaft angekommen ist, dass ich als Christ Probleme bekomme, wenn ich zum Beispiel die Bibel in der Straßenbahn aufmache, was glauben Sie, was die Leute mich auslachen und komische Bemerkungen machen? Das ist Normalität, das kann kein Grund sein, dass ich jetzt jemanden bei der Stadtverwaltung als Fürsprecher für Religion beantrage, der sich um die Christen kümmert. Zur Sichtbarkeit in der Gesellschaft, ich bin der Meinung, dass Sexualität zu öffentlich ist. Ich finde Sexualität hat etwas mit Intimität, Rückzug, Treue und Beziehung zu tun und das ist kein Thema, das man in der Öffentlichkeit streut. Deswegen ist die geforderte Sichtbarkeit an der Stelle nicht nachvollziehbar. Nicht weil ich die Menschen ablehne, aber aus dem Grund lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Wie man sieht, gibt es noch Diskussionsbedarf, deswegen sind wir auch bereit, dass dieser Antrag in den Sozialausschuss verwiesen und dort auch noch mal diskutiert wird. Ich sehe es schon so, dass LSBTTIQ-Menschen diskriminiert werden, wir haben zum Beispiel auch im Bereich der Gesundheitsversorgung für Transpersonen ganz viele Mängel hier in Karlsruhe und Umgebung. Wir haben auch einen Mangel für schwule Männer, zum Schutz und Prävention vor HIV, und wir haben keine PrEB-Versorgung in Karlsruhe. Das heißt, wir haben eine zweiklassische medizinische Versorgung für Menschen mit LSBTTIQ-Hintergrund. Ich denke, dass wir deswegen schon ganz klar sagen können, dass diese Menschen diskriminiert werden und diese unsere Unterstützung brauchen. Die Charta der Vielfalt unterstützt auch andere Menschen, deswegen ist es auch ganz toll, wenn die Stadt Karlsruhe diese unterzeichnet, und es dann auch als Arbeitgeberin und Arbeitgeber die Stadt Karlsruhe es offen gestaltet, für alle Menschen und jeder seinen Arbeitsplatz finden kann, um sich wohlfühlen. Die Stadt Karlsruhe gibt sich auch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Arbeitgeberinnen, weil sie einfach potentiellen Bewerbern signalisiert, dass man offen und tolerant ist. Man bietet den Leuten damit einen Raum, um mitzuarbeiten. Natürlich gehört die religiöse Freiheit mit dazu, aber sicherlich ist die Frage, ob man dafür eine extra Stelle braucht. Sie können gerne einen Antrag stellen, wenn es ihr Bedürfnis ist.

Der Vorsitzende: Sie haben selbst die Überweisung in den Sozialausschuss vorgeschlagen. Ich würde darum bitten, dass man zwei Dinge auseinanderhält. Einmal die Charta der Vielfalt, da müssen wir noch mal genau schauen, was darin steht, denn möglicherweise ist es auch übergreifender als der Sozialausschuss, und das andere ist die Auftragslage bezüglich der LSBTTIQ-Menschen oder Community, da sollten wir auch in der Vorberatung des Haushaltes mal nachfragen, was zum Beispiel die Beauftragten in anderen Städten erreicht haben und was nicht. Ich bin manchmal nicht so sicher, ob dieses Beauftragtenwesen für alles die richtige Lösung ist und glaube auch, dass wir zum Beispiel hier mit dem La Vie zum Teil schon eine größere Durchdringung bestimmter Zielgruppen haben, die besonders bedürftig sind als wenn wir jetzt eine Beauftragten bei der Stadt explizit hätten, aber das sollten wir fachlich diskutieren. Es ist grundsätzlich richtig, diese Themen und Netzwerke auch miteinander zu verknüpfen und öffentlich zu kennen, so es gewünscht wird. Hier wird niemand, Herr Stadtrat Schnell, aus der Anonymität herausgerissen, sondern die vorhandenen Gruppen und Netzwerke sollen bekannt, verstärkt und verknüpft werden. Das ist unser Ziel, und da sollte man dann fachlich rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen darüber reden. Wenn die SPD dem so mitgehen kann, dann würden wir das in den entsprechenden Ausschuss verweisen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
24. Januar 2020